

CDU-Zweifel am Kanzler

Die Raketen und Helmut Kohls Dilemma

Während die Bonner Regierung Vorbereitungen trifft, das Wahlvolk mit großem Propaganda-Aufwand auf das Scheitern der Genfer Verhandlungen einzustimmen und vorsorglich bereits Sowjets wie Sozialdemokraten die Schuld zuweist, mehrte sich in Helmut Kohls CDU Kritik am Kanzler, der habe zu wenig Druck auf die Amerikaner ausgeübt.

Die Zweifler sitzen auch in der Regierungszentrale. Zwar habe Kohl „mit aller Entschiedenheit“ bei US-Präsident Ronald Reagan vorgesprochen, berichten Kanzlervertraute, im engsten Kreis habe Kohl argumentiert, er benötige schon deshalb eine „vertretbare Einigung“ in Genf, um die deutschen Sozialdemokraten bloßzustellen und die Friedensbewegung zu schwächen.

Aber diese Rechnung, fürchten Fachleute, geht nicht auf. „Die erste Pershing-Tranche“, so ein Bonner Diplomat, „kommt nach dem Stichtag im November.“ Zugleich sei sicher, daß ein Abkommen mit Moskau nach Beginn der Raketen-Stationierung „noch schwerer“ zu erreichen sein werde.

Der Kanzler, berichtet ein Berater, sei indessen „noch nicht soweit“, sich kritisch zu fragen, ob es richtig gewesen sei, sich allein auf den „good will“ in Washington zu verlassen. Helmut Kohls „Dilemma“ werde es sein, nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen eingestehen zu müssen, daß er mit seiner „Umarmungstaktik“ bei Ronald Reagan gescheitert sei.

Im Weißen Haus wurde das Drängen des westdeutschen Kanzlers in der Tat nicht sonderlich ernst genommen. Ein US-Diplomat: „Wir haben ihn für einen Konservativen gehalten und auch so behandelt.“ Von ihrem Bonner Musterverbündeten wollten die Amerikaner lediglich mehrfach wissen, ob seine Regierung die Stationierung der neuen US-Raketen in der Bundesrepublik politisch durchsetzen werde.

Entsprechende Zusicherungen aus dem Bonner Kanzleramt, behaupten Kohl-Emissäre heute, hätten die Reagan-Administration nur noch in ihrer Absicht bestärkt, die „Pershing 2“ in Stellung zu bringen und erst 1984 – im amerikanischen Wahljahr – eine Übereinkunft mit den Sowjets anzustreben.

Kohls Parteigänger halten von solchen Absichten in ihrer Mehrheit nichts. Umfragen der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen weisen aus, daß seit Monaten eine steigende Zahl von CDU/CSU-Anhängern die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen für den Fall ablehnt, daß die Genfer Verhandlungen scheitern. Schon seit dem Frühjahr liegt die Zahl der Neinsager unter den Sympathisanten der Union bei über 50 Prozent, nach den letzten Erhebungen der Mannheimer sogar bei 61,8 Prozent.

Gleichzeitig rechnet die Mehrheit der CDU/CSU-Wähler offenbar nicht mehr damit, daß die Genfer Verhandlungen ein Ergebnis bringen: Schon im Juli meinten 56,7 Prozent, daß „noch in diesem Jahr“ neue amerikanische Mittelstreckenwaffen aufgestellt werden. Nur 36,8 Prozent waren vom Gegenteil überzeugt. Unter regelmäßigen Kirchgängern glauben weniger an die Aufstellung der neuen Raketen als unter sporadischen Kirchenbesuchern.

Bonner Amerika-Reisende wie der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr dagegen entdeckten letzte Woche in Washington „keinen Grund zum Optimismus“. CDU-Fraktionsvize Volker Rühle mochte einem Verhandlungsergebnis in Genf nur eine Chance geben, „wenn der politische Wille da ist“.

Aber der fehlt, entgegen allen öffentlichen Bekundungen, selbst nach Ansicht Bonner Regenten der westlichen Vormacht. Außenminister Hans-Dietrich Genscher vor Vertrauten: „Ich bin nicht optimistisch, ich bin realistisch.“

freilich stünde Kohl beim Wähler als der Größte da.“

Gibt es aber den wahrscheinlichen Fall, daß die Genfer Gespräche ohne Ergebnis unterbrochen und im Westen die ersten neuen Waffen aufgestellt werden, dann wollen die rechten Sozialdemokraten einen Parteitagbeschuß erreichen, der den Freunden der Nachrüstung und des Doppelbeschlusses erlaubt, ihre Selbstachtung zu bewahren: Die SPD soll sich dazu bekennen, daß

der Doppelbeschuß richtig war, daß die Verhandlungen zur Unzeit abgebrochen worden seien, die beginnende Nachrüstung daher abgelehnt werde.

Ein Bekenntnis zur Nato und die Versicherung an den Wähler, Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung würden für den Abbau bereits aufgestellter Pershings sorgen, könnte diesen Entscheid einfassen.

Mehr Zugeständnisse an die Raketengegner soll es aber nicht geben. Rappe:

„Wir üben Rason bis an den Rand des Möglichen. Wenn nach der Raketen Diskussion wieder was Neues hochkommt, etwa eine Änderung des Godesberger Programms, dann muß man sagen: Nun muß hart um den Kurs gerungen werden – und zwar noch härter als bisher.“

Vielleicht bis hin zu einer Spaltung?

Noch hoffen freilich die Sozialdemokraten um Apel und Rappe auf einen Bundesgenossen, dem sie zutrauen, die Stimmung auf dem Parteitag noch wenden zu können – auf Helmut Schmidt. Ihm trauen sie zu, er könne, selbst wenn die Genfer Verhandlungen scheitern, die Partei von einem schlanken Nein abhalten.

Doch sie sehen ein Risiko: Sollte Helmut Schmidt, gemeinsam mit CDU/CSU und FDP die Stationierung von Pershings wie von Cruise Missiles befürworten, dann geriete nicht nur der Alt-Bundeskanzler, sondern auch seine gesamte Gefolgschaft ins Abseits.

Zukunftssorgen dieser Art waren am Ende der streitlustigen Woche dem Parteivorsitzenden Willy Brandt fremd. Die Kontroverse, verkündete er, werde „bei dem Gewicht der Diskussion letzten Endes positiv zu Buche schlagen“.

Und hoffnungsvoll: „Jetzt ist die Luft reiner, als sie gewesen ist.“

ZIMMERMANN

Weißer Gesellschaft

Innenminister Zimmermann provoziert immer neue Koalitionskonflikte. Kanzler Kohl und Außenminister Genscher wollen den Christsozialen auflaufen lassen.

Türkische Generale nehmen Haltung an, wenn er kommt, deutsche Beamte spüren, wenn er sich räuspert. Abgeordnete des Bundestages aber ließen den Innenminister Friedrich Zimmermann am Mittwoch voriger Woche eine Stunde lang warten – „eine Zumutung“, rügte Pressesprecher Wighard Härdtl.

Eskortiert von vier Staatssekretären, hatte sich Zimmermann herbeigelassen, dem Innenausschuß des Parlaments über seine Pläne zur Neuorganisation des Bundesgrenzschutzes zu berichten. Aber als er endlich seine Papiere auspacken wollte, erlebte er die zweite unliebsame Überraschung: Der SPD-Abgeordnete Harald Schäfer erklärte, davon wolle seine Fraktion jetzt nichts wissen.

Nur ein Thema interessierte derzeit, belehrte der Parlamentarier den Minister, nämlich wie unmöglich die Bundesregierung mit dem Vertreter einer Organisation umspringe, die zweimal den Friedensnobelpreis erhalten hat.

Dann ging es hoch her. Eine „Stimmung wie kurz vor einer Schlägerei“, meldete vergnügt der Fraktionsmanager der Grünen, Joschka Fischer: „Die Kamarilla von der Union heulte wie die